

## Kapitel 17 der Erstauflage von UNDERCOVER

### Diener vieler Herren – Der Fall des Gerhard Baumann

Die CSU war stets besonders gut informiert über geheime Vorgänge des BND – das Ministerium für Staatssicherheit auch. Dass die Christsozialen in Pullach viele Kontakte pflegten, wird in diesem Buch vielfach nachgewiesen. Dass das MfS der DDR dieselben Informationskanäle anzapfte, kam erst Mitte der neunziger Jahre heraus. Die ganze Geschichte dieses nachrichtendienstlichen Super-GAUs wird hier zum erstenmal erzählt.

Da gab es zwei Herren, die regelmäßig vertrauliche Rundschreiben an Spitzenpolitiker der CSU versandten: Paul Münstermann (DR. HEIDEGGER), bis August 1994 acht Jahre lang Vizepräsident des BND, und sein pensionierter Ziehvater Kurt Weiß (WINTERSTEIN). Ohne es zu ahnen, fütterten sie auf diese Weise auch jahrelang den Ost-Berliner Nachrichtendienst mit Geheimmateriale aus Pullacher Amtsstuben. Sinn für Ironie muß man deshalb dem MfS-Mitarbeiter zugestehen, der seinen hochrangigen Kollegen vom BND, Kurt Weiß, auf den Stasi-Decknamen »Berater« taufte. Der Umfang des Verrats war weit größer als bei zahlreichen wissentlichen MfS-Agenten, die dafür ab 1990 mit langjährigen Haftstrafen büßten.

Ein Vorermittlungsverfahren gegen den zweiten Mann in Pullach hatte die Münchner Staatswaltschaft eingeleitet, nachdem ihr der BND selbst am 19. Juni 1995 einen Anzeigenvorgang zugeleitet hatte. Der Leitende Oberstaatsanwalt Dieter Emmrich betonte, er wolle dem Vorwurf, Münstermann habe die Amtsverschwiegenheit verletzt, »mit großem Ernst und Nachdruck« prüfen<sup>1</sup>. Bereits im November 1993 besagten Gerüchte aus Pullach, dass diesbezügliche Ermittlungen des Generalbundesanwalts – geleitet von Joachim Lampe – liefen. Aus Kantinengesprächen im Bundesnachrichtendienst drang überdies die Vermutung, die Untersuchung solle bis zu der im Spätsommer 1994 anstehenden Pensionierung von DR. HEIDEGGER verschleppt werden<sup>2</sup>. Während Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer im Februar 1994 noch abwogelte: »Da ist nach bisherigen Erkenntnissen nichts dran«, vermutete der *Focus* bereits »Durchstechereien in Deutschlands verschlossenster Behörde«<sup>3</sup>. Und die Meldung des Bundesnachrichtendienstes an das Kanzleramt vom 18. August 1994, Münstermann treffe kein Vorwurf, lag ganz im Sinne des Bonner Geheimdienstkoordinators.

BND-Präsident Konrad Porzner lähmte mit »redaktionellen Korrekturen« des Abschlußberichts der Unterabteilung Sicherheit 52 D die Untersuchung so lange, bis BND-Juristen die Verjährungsfrist erreicht sahen. Doch der Leiter des Kanzleramts, Minister Friedrich Bohl, mochte die Vertuschung des Falles nicht dulden, da der zweite Mann des BND gegen die Kernpflicht verstoßen habe, »wonach der Beamte dem ganzen Volk, nicht einer Partei zu dienen hat«. Und so ordnete die Münchner Staatsanwaltschaft in dem Verfahren 115 Js 4965/95 Ende März 1997 sogar eine Hausdurchsuchung von Münstermanns Villa in Berg am Starnberger See an<sup>4</sup>, wo auch Reinhard Gehlen lebte und seine letzte Ruhestätte fand.

Der späte Versuch der Beweissicherung galt dem, was interne Untersuchungen des BND bereits zutage gefördert hatten: Zweimal vierteljährlich forderte Münstermann über das hinaus, was im normalen Geschäftsgang auf seinem Schreibtisch landete, größere Informationspakete bei seinen Untergebenen an. Selbst streng geheime Verschlusssachen stufte er mit der Schere herab und ließ sie in seinem Vorzimmer

---

<sup>1</sup> Vgl. *Focus* 27/1997: Angriff aus BND-Zentrale

<sup>2</sup> Mitteilung eines BND-Beamten vom November 1993

<sup>3</sup> *Focus* 5/1994: Maulwurf gesucht

<sup>4</sup> *DER SPIEGEL* 17/1997: Fleurop für Amigos

kopieren. Weiß holte sich das Material entweder selbst ab, nahm es bei den regelmäßigen gemeinsamen Mittagessen mit dem Vize in Empfang, oder es wurde ihm durch Münstermanns Chauffeur nach Hause gebracht<sup>5</sup>. WINTERSTEIN verstand sich als letzte Nachhut Gehlens in Pullach: »Ich stehe allmählich als der einzige ›Verbliebene‹, der dem engsten Kreis um unseren alten legendären Chef angehörte, gegenüber einem neuen Umfeld auf verlorenem Posten«, formulierte er am 15. März 1981<sup>6</sup>. Aus dem alten Umfeld konnte er jedoch auf Paul Münstermann, Jahrgang 1932, zählen, der in Gehlens letztem Amtsjahr 1967 in die Reihen der Pullacher Beamten eintrat.

Der Anwalt Münstermanns betonte in seiner Reaktion auf den *SPIEGEL*-Bericht, schon das vorläufig eingestellte Disziplinarverfahren hätte ergeben, dass sein Mandant die CSU-Granden nur mit offenem Material versorgt habe<sup>7</sup>. Richtig daran ist nur, dass seine Postwurfsendungen an die hochrangigen Parteifreunde nicht etwa Originalakten des BND enthielten, sondern eigens gefertigte Dossiers. Der äußeren Form nach waren die von Münstermann jahrelang an die Ministerpräsidenten Strauß und Streibl sowie an die CSU-Minister Theo Waigel, Wolfgang Bötsch, Carl-Dieter Spranger und Otto Wiesheu verschickten Hintergrundberichte keine Verschlussachen, ihr Inhalt gab jedoch geheimhaltungsbedürftige BND-Erkenntnisse wieder. DR. HEIDEGGER beschaffte im Dienst das Rohmaterial dafür, und sein Ziehvater WINTERSTEIN schrieb – wie er am 11. Juli 1990 seinem Freund Gerhard Baumann (BALLY) mitteilte – »für den ›Vize‹ Berichte, die an pol. Verbindungen gehen (ohne Honorar – aber vielleicht läßt sich was entwickeln)«.

»Eine Kopie seiner Ausarbeitungen ließ Weiss häufig seinem Kumpel Baumann zukommen«, berichtete der *SPIEGEL* im April 1997 weiter. Doch BALLY erhielt nicht etwa nur dieselbe Post wie die CSU-Politiker. Der BND geht von einem »Originalabfluß von BND-Arbeitsunterlagen in erheblichem Umfang aus, die zur aktuellen Zeit ›VS-Vertraulich‹, nicht selten ›VS-Geheim‹ eingestuft waren«, aus – so der Generalbundesanwalt im Dezember 1994. Vom Anfang der achtziger Jahre »bis Ende 1989« habe der im Januar 1994 verstorbene BND-Mitarbeiter Dr. Kurt Weiß Baumann mit Informationen versorgt: »Dr. Weiß war ... auch nach seiner Pensionierung stets über die aktuellen Vorgänge im Bundesnachrichtendienst sowie über Standpunkte und Einschätzungen seiner ehemaligen Dienststelle zu aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen auf dem laufenden<sup>8</sup>.« Doch tatsächlich war das Loch im Pullacher Sicherheitszaun bis zum Frühsommer 1991 weit geöffnet.

Seit 1981 hatte sich eine arbeitsintensive und herzliche Beziehung zwischen Baumann und dem pensionierten BND-Abteilungsleiter entwickelt. Zum Jahreswechsel 1986/87 beteuert Kurt Weiß noch gegenüber Gerhard Baumann: »Was immer geschehen mag mit dem Roten Brief und den Wehrpolitischen Informationen – wir werden unser enges Zusammenwirken mit den auch für mich so wertvollen und inzwischen unverzichtbaren Gesprächen und Beratungen fortsetzen.« Bei diesem Treueschwur ahnte WINTERSTEIN noch nicht, auf welche harte Probe die Freundschaft gestellt werden würde.

Im Mai 1991 besuchten zwei Beamte des Verfassungsschutzes Baumann in seinem Pasinger Kellerbüro und eröffneten ihm, dass seine langjährigen Auftraggeber und »Gesprächspartner« nicht – wie er stets angenommen hatte – Beamte aus dem Büro des französischen Ministerpräsidenten, sondern Informelle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Von sich aus unternimmt der Geschockte

---

<sup>5</sup> Vgl. *DER SPIEGEL* 17/1997: Fleurop für Amigos

<sup>6</sup> Brief vom 15. März 1981 an Gerhard Baumann

<sup>7</sup> Vgl. *SZ* vom 22. 4. 1997: Früherer BND-Vize weist Vorwürfe zurück

<sup>8</sup> Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Az. 3 Bjs 820/91-94, Karlsruhe 21. 12. 1994, im folgenden zitiert als Anklageschrift, S. 31 ff

nichts, um mit seinen Partnern aus Politik und Geheimdienst ins reine zu kommen. Am 8. Juli 1991 erfüllt er Kurt Weiß mit dem Vermerk, dass er einem »grandiosen Täuschungsmanöver zum Opfer gefallen« ist, eine letzte Bitte. Er übersendet ihm – offensichtlich zur Schadensabschätzung durch Paul Münstermann – eine Liste aller BNDler, zu denen er Kontakt hatte, weist im Anschreiben daraufhin, dass er dabei den Duzfreund Prinz Hugo Thurn und Taxis ebenso vergessen habe wie den Freiherrn Walrab von Butlar.

Offiziell erfährt der BND angeblich erst im August vom Verfassungsschutz von Baumanns Verstrickungen. Am 18. des Monats schreibt ihm Kurt Weiß, dem der Bundesnachrichtendienst gerade den langjährigen Werkvertrag gekündigt hatte, eine barsche Briefkarte: »Nachdem Sie in beispiellos perfider Weise unsere persönlichen Gespräche, um die Sie gebeten hatten, fortgesetzt mißbraucht haben (dies trifft auch auf angeblich ›westliche Auftraggeber‹ zu!), sehe ich mich gezwungen, jede Verbindung zu Ihnen endgültig abubrechen.« Den zweiten Satz verwendet er auf die Bitte, sein langjähriger Spezi möge ihm die DM 50,- überweisen, die er ihm auf dem »Preussenabend« – einem Pullacher Zirkel, zu dem BND-General a.D. Udo Ritgen regelmäßig konservative Geister zum Vortrag bat – geliehen hatte.

Gerhard Baumann war tief gefallen. Aus ihm bricht die ganze Verzweiflung hervor, dreißig Jahre dem publizistisch so heftig bekämpften Feind gedient zu haben, als er Weiß zehn Tage später erwidert: »Es geht nicht mehr, ich bin psychisch fertig, inzwischen gesundheitlich angeschlagen ... Ursache ist Ihr Brief vom 18. 8., den ich nach Rückkehr aus dem Urlaub vorfand, er hat mich zutiefst erschüttert und meinen Lebensnerv getroffen. Nicht wegen der Affäre, in die meine Naivität und Unbedarftheit mich in die Machenschaften des Mielke-Gesindels verstricke, sondern ausschließlich wegen der menschlichen Dimension«.

Wiederum einen Monat später ist die menschliche Bindung endgültig zerrüttet. »Bei allem Grübeln über die Quelle Ihrer Information kann ich mir nur die Mielke-Kloake vorstellen«, wirft BALLY Weiß vor: »In der Bewertung der Stasi-Aussagen ... scheint ein gravierender Unterschied zwischen mir und dem Dienst (und damit auch zu Ihnen) vorzuliegen. Der Dienst sieht in ihnen eine schätzenswerte, hemmungslos sprudelnde Nachrichtenquelle von hohem Informationswert, der weitgehend geglaubt wird. Ich sehe in den sogenannten Informanten vorwiegend ein Gesindel, das – wie in meinem Fall – mit kriminellen Methoden gearbeitet und keine Skrupel empfunden hat, wenn dabei ein Mensch in seiner Persönlichkeit zerstört wurde. In ihrer jetzigen Aussagefreudigkeit geht es ihnen doch nur darum, ihre Haut zu retten.« Am 4. November 1991 lenkt WINTERSTEIN ein, ohne auf die Vorwürfe Baumanns auch nur mit einem Satz einzugehen: »Sie – von mir gleichfalls über viele Jahre sehr verehrt – sollten doch wissen, in welche Schwierigkeiten Sie mich gestürzt haben. Dass Sie über mich nur Gutes gesagt haben, bezweifle ich nicht. So war ich Ihnen ein ›Guter Informant‹. – Oder wollen Sie bestreiten, aus den persönlichen Gesprächen mit mir ›berichtet‹ und auch ›Geschriebenes‹ weitergeleitet zu haben? Das meinte ich mit ›perfide‹.« Zehn Tage später antwortet ihm Gerhard Baumann ein letztes Mal mit der Bitte um Vergebung.

»Ich habe zu keiner Zeit erkannt, dass meine Gesprächspartner einem östlichen Geheimdienst angehörten; hätte ich das durchschaut, wäre es nie zu einer Zusammenarbeit gekommen. Sie fiel in die Zeit des Kalten Krieges, und wo ich stand, beweist mein Buch ›Sicherheit Deutsche Friedenspolitik im Bündnis‹ (besonders die Kapitel IX und X)«, beteuert Gerhard Baumann in seiner Erwiderung auf die Anklageschrift des Generalbundesanwalts, der ihm wissentliche Spionage für Ost-Berlin unterstellte. Auch in zahlreichen Briefen an Freunde aus der CSU und in den Medien versichert er, in seiner »Arglosigkeit« den »Stasi-Strolchen« auf den Leim gegangen zu sein.

Geworben worden war Baumann als IM »Schwarz« unter fremder Flagge, einer

Tarnkappe, die ganz auf ihn zugeschnitten schien. »Die Werbung unter fremder Flagge ist eine spezifische Methode, um Personen mit reaktionärer Grundhaltung unter Täuschung über den Beziehungspartner für die Lösung operativer Aufgaben des MfS zu gewinnen«<sup>9</sup>, erläuterte die Richtlinie Nr. 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet (GVS MfS 0008-2/79) dazu.

Was die Glaubwürdigkeit der MfS-Akten betrifft, mißt die Bundesanwaltschaft mit zweierlei Maß. Für bare Münze nimmt sie alle Erfolgsmeldungen und Bewertungen der Leipziger MfS-Bezirksverwaltung über IM »Schwarz«. Völlig ignoriert dagegen wird die Wertung, die Horst Findeisen, Baumanns Führungsoffizier von 1974 bis 1990, im Oktober 1982 vornahm: »Es gab in der bisherigen Zusammenarbeit mit dem IM keine Phase, in welcher Zweifel an der Flagge geäußert oder deutlich wurden. Durch den laufenden Mitschnitt (Tonband) der bisherigen gesamten Gesprächsführung wurde dies bestätigt.«

Zwar räumt der Generalbundesanwalt ein, dass Baumann anlässlich eines Treffs in Zürich 1986 einen »hohen französischen Orden« erhielt, 1982 ein Geburtsgeschenk »aus Paris«, eingepackt in Papier mit französischer Beschriftung und – so der Sprachgebrauch des MfS – mit »Pariser Chic« überreicht«, aber ein Indiz für Baumanns Festhalten an der Illusion, im Dienste der Grande Nation zu stehen, sieht er darin nicht. Dabei gab sich das MfS bis zuletzt große Mühe, die Trikolore hochzuhalten.

Sein Agentenführer bestärkte ihn in dem Glauben, indem er jahrelang überzeugend die Rolle eines führenden französischen Geheimdienstlers spielte. Zum 75.

Geburtstag des IM am 19. September 1987 konnte MfS-Oberst Claus Brüning – Deckname »Motor« – jedoch nur telefonisch gratulieren und sein Fernbleiben von der Feier am 24. September entschuldigen. Dafür reisten der langjährige Instrukteur von »Schwarz«, IM »Trautmann« alias Werner Trommer, und der Werber »Veit« alias Dr. Priem zusammen mit einem weiteren MfS-Mitarbeiter, der als »Motor III« die Begegnung absichern sollte, zu der Geburtstagsfeier nach Österreich. Im Blauen Salon des Schloßhotels von Igls bei Innsbruck war eine intime Jubiläumsfeier arrangiert worden, deren Ablauf das MfS akribisch geplant hatte: »Geburtstagsgratulation im Namen des »Chefs« und persönliche Übergabe der Geschenk-Prachtausgabe Th. Storm, 2 Bd. in Leder gebunden (IM ist ein großer Verehrer dieses Schriftstellers). Dank für die jahrzehntelange gedeihliche Zusammenarbeit ... verbunden mit einer Sonderprämie von 5000,-DM. Das alles verbunden mit der Würdigung seines Wirkens besonderer Art für ein »ausgewogenes und gedeihliches deutsch-französisches Verhältnis«, das noch in der heutigen Zeit seine Früchte zeigt und seinen besonderen Stellenwert hat<sup>10</sup>.«

In der Beweisführung glaubte der GBA leichtes Spiel zu haben, weil Baumann, neben den »für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit typischen konspirativen Verhaltensweisen«, gegenüber dem IM »Trautmann« im März 1985 »selbst seine Tätigkeit für das »Büro« als nachrichtendienstliche Tätigkeit« bezeichnet hatte, mit den Worten: »Na, dass wir nachrichtendienstliche Arbeit machen, ist ja nun kein Geheimnis.« Doch auch wenn Baumanns Darstellung in seiner Anklageerwiderng, das Zitat sei ihm in den Akten des MfS möglicherweise untergeschoben worden, nicht zutrifft, würde ihn das noch nicht im Sinne der Anklage belasten. Dass seine Tätigkeit stark konspirativen Charakter trug, wußte er, doch den Nutznießer konnte er auch in Paris wähen.

Dass sein Gesprächspartner »Trautmann« einen unverkennbar sächsischen Dialekt

---

<sup>9</sup> Zitiert aus »Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit«, in: Gill, David und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 500

<sup>10</sup> Vgl. »Einsatzplan für den Einsatz von Oberst Brüning und XYZ (anonymisiert) in der Zeit vom 21.-27. 9. 1987 in das Operationsgebiet Österreich«, Leipzig 3. 9. 1987, abgedruckt in Sélitrenny, Rita und Thilo Weichert: Das unheimliche Erbe, Leipzig 1991, S. 265 ff

gesprochen und die französische Sprache nicht beherrscht habe, galt in Karlsruhe als weiteres untrügliches Zeichen dafür, dass IM »Schwarz« die falsche Flagge hätte erkennen müssen. Doch »Trautmann« war als Deutscher in französischen Diensten legendiert. Möglicherweise hat »Trautmann« bei seinen Vernehmungen durch die Bundesanwaltschaft mit seinem Dialekt auch weniger hinter dem Berg gehalten, als er es bei den konspirativen Treffs mit IM »Schwarz« tat. Der Generalbundesanwalt hielt Baumann vor allem vor, er hätte schon aus den Aufträgen erkennen müssen, dass sie von einem Geheimdienst eines kommunistischen Landes ausgingen: »Im wesentlichen hatte er Meinungen und Einschätzungen von Insidern der westlichen Sicherheitspolitik im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt abzuklären. Das Interesse eines Geheimdienstes einer westlichen Macht an solchen Eigeninformationen ist nicht nachvollziehbar<sup>11</sup>.«

Doch das trifft nicht zu. Zur Vorbereitung eines Gesprächstermins mit Kurt Weiß im November 1982 bittet BALLY beispielsweise um Informationen zur »Beurteilung der Lage in Südamerika«, im Südatlantik und im Nahen Osten: »Für Afrika sollte ich etwas wissen über Tschad (Einfluß Libyens), Ägypten (Zusammenarbeit mit Somalia, gespanntes Verhältnis zu Israel), Angola (gewinnen die USA dort – übrigens auch in Mocambique – an Einfluß?), Äthiopien (was ist mit dem Kampf um Eritrea? Was steht dort an Truppen bzw. Militärberatern aus der UdSSR, Kuba, DDR?).« Gegenüber Weiß hat Baumann auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass er auch für »französische Freunde« arbeitet. Am 12. September 1987 teilt er ihm beispielsweise mit, dass er über das SPD/SED-Verständigungspapier arbeite, den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik reflektiere und ein Papier zu diesem Themenkomplex von »einigen französischen Freunden« mitbringe, für dessen Beantwortung er mit Weiß diskutieren und dessen Kontakte er dazu nutzen möchte. Dem MfS ging es darum, die interne Einschätzung des BND dazu in Erfahrung zu bringen, und dem alten Nachrichtenfuchs Weiß kamen diese Fragen aus »Paris« keineswegs verdächtig vor.

Aus der Bandbreite der ihm aufgetragenen Fragen konnte Baumann keineswegs auf einen östlichen Geheimdienst schließen. Nachrichtendienstliche Insider wissen überdies – offensichtlich im Gegensatz zu den Fachanklägern des GBA –, dass westliche Dienste keinem geschlossenen Block angehören, der freizügig alle Eigeninformationen austauscht, sondern dass die Nato-Staaten sich sehr wohl untereinander ausspähen. Das gilt insbesondere für Frankreich, das 1966 die militärische Integration der westlichen Militärallianz verließ und deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit in militärpolitischen Fragen stets besonders skeptisch gegenüberstand.

Mit aller Vorsicht geurteilt – und nicht in der Absicht, hier den nicht stattgefundenen Prozeß zu ersetzen –, ist Gerhard Baumann im Sinne der Anklage nicht schuldig. Sein ganzes nicht zur Veröffentlichung bestimmter Briefverkehr, seine durchgängig rechtskonservative Grundhaltung und das spürbar verinnerlichte Feindbild gegenüber der Sowjetunion und ihren »Satelliten« sprechen eher für Baumanns Version. Dass der Diener vieler Herren im Nachrichtengeschäft zu wenig Mißtrauen entwickelt hatte, mag auch daran liegen, dass er als unermüdlicher Workaholic und unter dem pausenlosen Zwang, als Freiberufler finanziell über die Runden zu kommen, nie die Ruhe und Distanz für ein sorgfältiges Überdenken seiner Situation fand. Doch nun ist es Zeit, seine bewegte Geschichte von Anfang an zu erzählen.

Am 19. September 1912 in Uppgant bei Jever geboren, zog es den Friesen Gerhard Folkert Baumann 1935 nach München zum Studium der Geschichte und vor allem der Zeitungswissenschaft. Seine Doktorarbeit über den »organisatorischen Aufbau der deutschen Presse« wurde 1937 mit summa cum laude bewertet. Praktische

---

<sup>11</sup> Anklageschrift S. 49

Erfahrungen im Journalismus hatte er da bereits während eines Volontariats an einer Wochenzeitung gesammelt, 1936 legte er die Schriftleiterprüfung ab. Zum 1. Januar 1939 wurde er Pressechef im Reichsdozentenbund.

Da hatte er bereits eine nationalsozialistische Bilderbuchkarriere hinter sich. In der Hitler-Jugend seit 1931 war er Ortsgruppenführer, dann Unterbannführer gewesen, Mitglied der NSDAP schon vor der sogenannten Machtergreifung 1933 und nach der Immatrikulation in München Amtsleiter Presse in der Gaustudentenführung.

In den Zweiten Weltkrieg zog Baumann 1940 nach dem Tod seiner ersten Frau freiwillig als Panzerjäger und brachte es, zweimal verwundet, zum Leutnant der Reserve, bis er am 4. Mai 1945 in Miesbach in amerikanische Gefangenschaft geriet, die ein Jahr dauern sollte. Seinen Dr. habil. erwarb er 1943 während eines Aufenthaltes in der Genesendenkompanie mit einer Arbeit über den »Kampf um die Pressefreiheit 1813–1819«. Dass sein sechsjähriges Wirken als offensiver Propagandist der »nationalsozialistischen Revolution« ihm manchen Stein in den Weg legte, auch wenn in der jungen Bundesrepublik »Persilscheine« sonst recht großzügig verteilt wurden, hielt er in einem Brief an Dr. Rolf Acker vom Bundespresseamt am 3. Mai 1954 fest: »Am meisten verschnupft sein dürfte man über meine Publikationen ›Jüdische und völkische Literaturwissenschaft‹ und ›Grundlagen und Praxis der internationalen Propaganda‹, wobei hinzuzufügen wäre, dass das erste Buch geschrieben wurde, als ich im dritten Semester war, während das zweite Buch eine wissenschaftliche Arbeit ist. Für diesen ganzen Komplex ist festzustellen, dass ich alles der Spruchkammer gegenüber angegeben habe, die sowohl 1948 als auch im vorigen Jahr das Verfahren eingestellt hat. Es wurde mir sogar bescheinigt, dass ich nicht aggressiv gewesen sei in meinen Schriften«. Der Spruchkammer muß sowohl die wohlwollende Besprechung des zweiten Buchs im *Völkischen Beobachter* entgangen sein wie das 1941 in der Essener Verlagsanstalt erschienene Werk überhaupt. »Angriff auf Angriff wurde gegen das geeinte Volk vorgetragen, alle Schlagworte der Weltkriegspropaganda feierten Wiederauferstehung, und die berufsmäßigen Hetzer ... gingen, unterstützt von jüdischen Emigranten, daran, im Verein mit Staatsmännern und Wissenschaftlern ein Deutschlandbild zu entwerfen, das früher oder später einen Krieg rechtfertigen sollte«<sup>12</sup>, versucht Baumann dort den Aggressor Hitler reinzuwaschen.

Antisemitische Passagen finden sich quer durch das gesamte Buch.

Beruflich Fuß zu fassen versuchte Baumann nach Kriegsende in München mit zahlreichen Projekten und Posten. Ab 1947 baute er ein wissenschaftliches Archiv auf, das die Währungsreform jedoch nicht überstand. Von 1948 bis 1950 fungierte er als Verlagsleiter des *Christlichen Nachrichtendienstes*, und 1949 gründete er den 1952 verkauften Verlag Heimatpresse, in dem 14 Tageszeitungen erschienen. Von 1949 bis 1959 fungierte der Multifunktionär überdies als Geschäftsführer im Verband der Heimkehrer und von 1960 bis 1971 als Chefredakteur der Zeitschrift *Soldat im Volk*. In finanziell gesicherte Bahnen geriet er damit nie, und 1955 scheiterte der Plan, einen wehrpolitischen Fachverlag zu gründen, schlicht an Kapitalmangel.

»Das Material ist geradezu einzigartig, weil die Operativakten der HVA vernichtet sind«, schwärmte der Generalbundesanwalt in einem Aktenvermerk vom 31. Januar 1994 über das Belastungsmaterial im Fall des Gerhard Baumann. Dass eine deutsch-deutsche Agentengeschichte dergestalt ausführlich erhalten blieb, verdankte er dem Glücksfall, dass Baumann nicht aus der MfS-Zentrale in der Ost-Berliner Normannenstraße geführt wurde, sondern von der für »Aufklärung der Bundesrepublik« zuständigen Abteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS. Die Leipziger Dokumente waren auch zur Vernichtung vorbereitet, doch bevor diese

---

<sup>12</sup> Baumann, Gerhard: Grundlagen und Praxis der internationalen Propaganda, Essen 1944 S. 51

Pläne umgesetzt werden konnten, gelang es, 6.500 Seiten aus Operativakten sicherzustellen. Doch damit gelangte nur die Hälfte des Quellenvorgangs »Schwarz« nach Karlsruhe. Von 1956 bis 1989 hatte die Bezirksverwaltung (BV) in der sächsischen Messestadt insgesamt 31 Bände Arbeitsakten angelegt. Die Bände 1 bis 15 waren jedoch noch vor Auflösung des MfS archiviert und vernichtet worden. So konnte die Anklageschrift die erste Phase seiner Agententätigkeit nur grob rekonstruieren: »Führungsoffizier war 1956 zunächst der damalige Leiter der Abteilung Oberst Werner Witzel. 1957 wurde der MfS-Hauptmann Dr. Rolf Rahner, operativer Mitarbeiter der Abteilung XV der BV Leipzig, in die nachrichtendienstliche Führung des Vorganges eingeschaltet ... Mitte der 50er Jahre kam der Angeschuldigte mit einem namentlich nicht bekannten, in Westdeutschland lebenden Ehepaar in Kontakt. Die Eheleute waren Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR. Da der Angeschuldigte für seine äußerst rechte, national-politische Einstellung bekannt war, gaben sie sich nicht als Mitarbeiter des MfS zu erkennen; sie spiegelten vor, im »Büro des französischen Ministerpräsidenten« direkt unterstellten politischen Informationsdienst – tätig zu sein<sup>13</sup>.«

»Das angeführte Ehepaar ist eine Mystifikation, weder meine Frau noch ich wissen davon«, hält Baumann in seinem Kellerbüro in seiner Stellungnahme zur Anklageschrift fest. »Ich erinnere mich nicht, jemals einen Vertrag unterzeichnet zu haben.« Und das formulierte er inmitten der zahllosen Ordner mit seiner sorgfältig gehüteten Korrespondenz aus über vierzig Jahren. In der jedoch ruhte dieser Vertrag, der am 3. Juni 1956 in Mannheim aufgesetzt worden war:

»Zwischen den Herren Dr. G. Baumann, München, einerseits, und Jacques Bassereau, ständiger Sekretär der Ministerpräsidentenschaft, andererseits, wurde folgendes vereinbart:

- 1.) Herr Dr. Baumann ist bereit, auch weiterhin Nachrichten über die deutsche Wiederaufrüstung, über politische, wirtschaftliche und militärische Fragen im Rahmen der von ihm bereits bisher gegebenen Auskünfte zu liefern.
- 2.) Diese Auskünfte werden in Form einfacher Protokolle gegeben, bei denen lediglich der Name der in Frage kommenden Personen, ihre Aussagen und Meinungen zu einem bestimmten Problem sowie das persönliche Urteil des Herrn Dr. Baumann zum Sachverhalt erwähnt zu werden brauchen.
- 3.) Gleichzeitig wird Herr Dr. Baumann von Zeit zu Zeit, sobald sich die Notwendigkeit hierzu ergibt, vollständige Artikel liefern. Das Thema dieser Artikel, die entweder von Herrn Bassereau erbeten oder von Herrn Dr. Baumann vorgeschlagen werden, wird im voraus im gegenseitigen Übereinkommen festgelegt.
- 4.) Herr Dr. Baumann erhält für seine Mitarbeit für den Anfang einen Betrag von DM 250,- (zweihundertfünfzig), der im voraus zahlbar ist. Diese Summe wird entsprechend erhöht, sobald das gelieferte Material dies rechtfertigt. Die Sonderartikel werden getrennt hiervon honoriert.«

Am 25. Juni 1956 mahnte ein Dr. Erich Richter bei Baumann den unterschriebenen Vertrag unter einem Vorwand an: »Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bald etwas von sich hören lassen würden. Bitte schicken Sie mir möglichst umgehend den Vertrag, da ich am Freitag morgen nach Paris fahre, wir hatten ja alles Nähere besprochen.« Doch Baumann schickt ihm nicht die gemeinsam erarbeitete Fassung nach Mannheim, sondern eine Vereinbarung, die er selbst am 28. Juni 1956 aufgesetzt hatte. Das erste Abkommen lag noch 1997 in gleich vier Exemplaren, je zwei in deutsch und französisch, in seinem Büro – unterschrieben zwar, aber niemals abgeschickt. Die Unterschiede zum »französischen« Entwurf machen deutlich, dass er wußte, auf welch gefährliches Gleis er sich begeben hatte:

---

<sup>13</sup> Anklageschrift S. 17

»Herr Dr. Baumann ist bereit, im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit Aufsätze und Nachrichten über allgemein politische, wirtschafts-, wehr- und sozialpolitische Themen zu liefern, die im Rahmen der pressepolitischen Aufgaben des Herrn Bassereau Verwendung finden. Eine rein nachrichtendienstliche Tätigkeit bleibt ausgeschlossen ... Der Vertrag erlischt, wenn rein nachrichtendienstliche Aufträge erteilt werden sollten, wenn die grundsätzlich antibolschewistische Haltung verlassen wird oder wenn die vereinbarte Honorarzahlung ausbleibt.« Der MfS-Instrukteur wird sich zum Antibolschewismus seinen Teil gedacht haben und dankt Baumann am 20. Juli 1956 artig »für Brief und Vertrag. Beides traf noch rechtzeitig vor meiner Abreise ein.«

Für das MfS gab es – so im März 1983 festgehalten – eine doppelte Motivation des Münchner Publizisten für seine nachrichtendienstliche Tätigkeit »auf materieller Grundlage, kombiniert mit gemeinsamen politisch ›rechten‹ Interessen«. »Ich weise mit Nachdruck die Unterstellung zurück, ich sei aus materiellen Erwägungen nachrichtendienstlich tätig gewesen; Antrieb meines Handelns war ausschließlich die Förderung des deutsch-französischen Verhältnisses; der Ankläger redet wie der Blinde von der Farbe, weil er mich und mein Verhältnis zum Geld nicht kennt«, giftet Baumann jedoch in seiner Anklageerwiderung, für den das Nebengeschäft mit den französischen Auftraggebern durchaus lukrativ war. Bis Anfang der siebziger Jahre stieg sein fester Agentensold auf monatlich 750,- DM zuzüglich 60,- DM für Telefonkosten. »Nach den Angaben des ehemaligen Führungsoffiziers Dr. Rahner wurden dem Angeschuldigten in der Zeit von 1956 bis 1974 insgesamt etwa 100.000,- DM ausbezahlt«, ermittelte der GBA.

Baumanns finanzielle Situation in den fünfziger Jahren spricht jedenfalls für die Stimmigkeit der MfS-Akte. »Ich leugne nicht, dass ich mir Sorgen um meine Zukunft zu machen beginne. Unter den heutigen Voraussetzungen würde ich jede Stellung annehmen, um aus dem Freiberuflichen herauszukommen«, teilt er seinem Freund und Verleger Wilhelm Reissmüller verbunden mit der vergeblichen Bitte um einen Job im April 1955 mit. Bereits im Januar 1954 hatte er Reissmüller geklagt, er habe »schließlich drei Kinder, und den ganzen Verein halte ich nur mühsam durch Gutachter- und Skribententätigkeit aufrecht«. Geld, d.h. Zusatzhonorare für einzelne Artikel oder die Weiterzahlung der Pauschale im Urlaub, spielt in den ersten Jahren der Zusammenarbeit mit dem MfS eine wichtige Rolle in Baumanns Korrespondenz.

Das Ehepaar, das Baumann zum Herbst 1968 nachrichtendienstlich betreuen sollte und das er selbst zur »Mystifikation« erklärt hatte, begegnet uns als Dr. Erich Richter und Frau in seinem Nachlaß wieder. Dort liegen einige hundert Briefe, in denen er die an ihn herangetragenen Fragen akribisch und faktenreich beantwortet. Bis zum Oktober 1962 schickt er seine Analysen und Mitteilungen nach Mannheim, wo Richter als Konrektor am Eliteinternat Salem wohnte. Inhaltlich beackert Baumann ein sehr weites Feld: die Auflagenentwicklung rechtsradikaler Publikationen ebenso wie Rüstungsvorhaben der Bundeswehr, Vertrauliches aus seinen Bonner Hintergrundgesprächen in Verteidigungsministerium und Bundespresseamt sowie Interna der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gibt aber auch zum Beispiel Positionen des wehrpolitischen SPD-Experten Karl Wienand wider. Zunehmend fließt Persönliches in den Schriftwechsel, Urlaubsimpressionen ebenso wie Krankengeschichten, und gelegentlich trifft man sich auch in Jagsthausen oder auf der Durchreise auf dem Mannheimer Bahnhof. Die persönlichen Begegnungen werden häufiger, nachdem Richter Ende 1962 eine neue Stelle als Konrektor auf Schloß Schwarzfels im fränkischen Scheinfeld annimmt. Nun fährt er an so manchem Samstag mit dem Schnellzug »Hans Sachs« zum Münchener Hauptbahnhof, wo Baumann ihn vom 14.22-Uhr-Zug abholt.

Was hinter den Kulissen der Bonner Regierung vorgeht, wie Baumann einzelne Persönlichkeiten aus dem rechten Lager einschätzt, aber auch Themen der bundesdeutschen Außenpolitik zählen weiterhin zum Anforderungsprofil an den IM



»Schwarz«. Doch in keinem Fall übermittelt Richter, der seinem Agenten stets den rechtskonservativen Gesinnungsfreund vorspielt, plumpe Anforderungen. Er pflegt bei allen Fragen die Legende, äußert Bitten und gibt Anregungen, auf die Baumann, unter ständigem Stöhnen über die hohe Arbeitsbelastung, fast ohne Ausnahme ausführlich eingeht. »Was Paris angeht, so interessiert man sich natürlich lebhaft für die Bonner Reaktion auf die Äußerungen de Gaulles in Polen«, lockt Richter ihn beispielsweise am 9. September 1967.

Ein einziges Mal reagiert Baumann während seiner über dreißigjährigen Kooperation mit dem MfS alarmiert, als ein von DR. RICHTER geschickter Herr Breuer ihm im Februar 1965 ein finanziell unterfüttertes Angebot macht, ihn »für andere als die ursprünglich angegebenen Zwecke einzuspannen ... Eins muß bei unserer Zusammenarbeit klar bleiben: Ich arbeite als Publizist und nicht als Nachrichtenmann. Ich war noch nie in einem Nachrichtendienst tätig und werde es auch nie sein, denn einmal eigne ich mich dafür nicht, zum andern könnte mich niemand dafür bezahlen, denn wenn man mich etwa für den Bundesnachrichtendienst oder den Verfassungsschutz werben wollte, müßte man mir vorher eine runde Million DM auf den Tisch legen, weil meine berufliche Existenz zum Teufel wäre, wenn jemand dahinter käme.«

In Wahrheit hatte Baumann, indem er sich 1956 mit dem »französischen« Nachrichtendienst arrangierte, bereits den dritten Geheimdienstjob innerhalb eines Jahrzehnts übernommen. Zunächst war er bis Ende November 1948 »gelegentlicher Hinweisgeber für die Vorläuferorganisationen des Bundesnachrichtendienstes« – so der Generalbundesanwalt –, dann ab Januar 1955 für Jahrzehnte inoffizieller Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Als erstrangige Pressesonderverbindung des BND wurde er überdies 1970 unter BALLY geführt. Im Vordergrund seiner Arbeit stand jedoch die Kombination von Journalismus, Engagement in Verbänden und Propaganda, die er bereits im Dritten Reich so erfolgreich erprobt hatte. Der BND-Vertrauensjournalist schrieb für *Wehrkunde*, *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, *Die Politische Meinung*, *Bundeswehr*, *Bundeskorrespondent*, *Deutsche Korrespondenz*, *Rheinischer Merkur* und andere Medien; in den Anfangsjahren des kalten Kriegs diente er auch dem Propagandaapparat von Verteidigungsministerium und Bundespresseamt. In einer Aktennotiz hielt Baumann am 9. April 1958 fest: »Ich bin vom Bundespresseamt gebeten worden, einen kleinen eingetragenen Verein zu gründen, der etwa meine zweijährige Arbeit in Vorträgen, Sonntags- und Wochenendgespräche fortsetzen kann. Die Mittel, die mir zur Verfügung gestellt werden sollen, kommen aus dem Fond für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen. Referenten stehen zur Verfügung, doch kann dieser Kreis auch erweitert werden. Sie brauchen sich nicht in engstem Sinne an wehrpolitische Fragen zu halten, es geht vielmehr um das Sicherheitsproblem schlechthin. Neben den rein wehrpolitischen Themen kommen in Frage Themen über den Bolschewismus, die demokratische Grundordnung, die europäische Zusammenarbeit, Zeitgeschichte usw.« Die weiteren Gründungsmitglieder des Vereins hatte er in München bald beisammen: Oberregierungsrat Dr. Rudolf Samper, der rechtskonservative Publizist und BND-Vertrauensmann Winfried Martini, Hans Momma von der Volkshochschule, Dr. Traut-Welset »für alle Fragen des Bolschewismus«, Archivrat Dr. Bernhard Zittel, aus der Gesellschaft für Wehrkunde General Ratcliffe, Leiter der Münchener Sektion, und mit Generalmajor Gerhard Engel einen Mann, dessen Vita wiederum eng mit dem Bundesnachrichtendienst verbunden ist. Engel war 1942 als Oberstleutnant militärischer Adjutant Adolf Hitlers und im letzten Kriegsjahr Generalmajor und Kommandeur der 12. Volksgrenadierdivision. 1948 trat er in die Organisation Gehlen ein, wurde 1956 in den BND übernommen und spielte Ende der sechziger Jahre als Geschäftsführer der Werkzeug-Außenhandels GmbH eine entscheidende Rolle beim illegalen Waffenhandel des Bundesnachrichtendienstes. Anfang Mai konnte Baumann zur Gründung eines staatspolitischen

Bildungsvereins in die Münchener Gaststätte »Scholastika« einladen<sup>14</sup>. Rechtskonservatives Sendungsbewußtsein trieb ihn in den folgenden Jahren zu Vorträgen quer durch die Bundesrepublik. Im Auftrag der CDU-nahen Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise hielt er beispielsweise den Bürgern im ostfriesischen Aurich im Oktober 1962 in seinem Referat »Der psychologische Krieg als Lebensfrage« vor, die »gemeinschaftsfeindliche Haltung« und der fehlende »Willen zur unbedingten Selbstbehauptung« seien schuld daran, dass ihnen die Bereitschaft zum äußersten Risiko – gemeint war ein Krieg gegen die Sowjetunion – fehle. »In ungewöhnlich polemischer Form« – so die *Ostfriesenzeitung* zum Stil des Referats – griff er überdies den »unterentwickelten westlichen Widerstandswillen« als Folge eines »korrupten Journalismus« an. *SPIEGEL*-Herausgeber Rudolf Augstein mußte dabei als Zielscheibe für Formulierungen wie »niederträchtiger Freiheitsverrat«, »Bösartigkeit« oder »ans Kriminelle grenzend« herhalten<sup>15</sup>. Regelmäßige Einkünfte – monatlich 1300 DM – garantierte ihm jedoch im selben Jahr die mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung getroffene Vereinbarung, derzufolge Baumann seine Zeitschrift *Kriegsgeneration in unserer Zeit* monatlich in 2500 Exemplaren kostenlos an einen mit dem BPA abzustimmenden Kreis verteilen sollte. Zugleich gründete er mit Frid Muth im Juni 1962 den *Wehrpolitischen Digest*, ein sicherheitspolitisches Kompendium mit monatlichem Schwerpunktthema. Zum Auftakt des kurzlebigen Periodikums wählten die beiden rechtskonservativen Herausgeber dafür das Thema »Brudermord im Dienste des Sozialismus«<sup>16</sup>.

Schon seit 1958 hatte das Verteidigungsministerium Baumann durch die Vergabe von Analyseaufträgen alimentiert. Am 26. September sollte er über »Die Situation der Intelligenz in der SBZ nach dem Ungarn-Aufstand und ihre Auswirkung auf die Siegeszuversicht des militanten Bolschewismus« schreiben, und gleich anschließend bestellte das Strauß-Ministerium mitten in der Debatte um eine westdeutsche Atombewaffnung eine wissenschaftliche Analyse über »Die Propagierung der eigenen Atombewaffnung in der sowjetischen Publizistik«. Baumanns Arbeiten wurden nicht unter seinem Namen veröffentlicht, die Verträge sicherten ihm vielmehr »Vertraulichkeit« zu, die auch für die Studie »Die Propagierung der Betriebskampfgruppen der SED« und andere Arbeiten galt<sup>17</sup>, für die der Verfasser 1400,- DM in Rechnung stellen durfte.

Bei der Analyse der politischen und militärischen Bedeutung der Betriebskampfgruppen verlangte das BMVg von Baumann die »Berücksichtigung der Ansatzpunkte für eine Einwirkung in ihr inneres Gefüge«. Auftraggeber von Baumann war also offenbar die PSK-Abteilung des Strauß-Ministeriums; nicht zufällig war der BND-Konfident Werner Marx, Referatsleiter für die Psychologische Kriegsführung, sein Verhandlungspartner.

Inoffizieller Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) in München war Gerhard Baumann schon seit 1955. »Da er Kontakt zu nahezu allen rechtsstehenden Vereinigungen hatte, hatte er den Auftrag, das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz über »rechtsradikale Bewegungen«, so u.a. in der »Deutschen Union«, in der »Gesellschaft für Wehrkunde«, in der »Deutschen Partei« und der »Deutschen Reichspartei« zu unterrichten«, summierte der Generalbundesanwalt im Dezember 1994 das Aufgabenspektrum des V-Mannes. Im Auge behalten sollte Baumann für das LfV auch die rechtsextremistische

---

<sup>14</sup> Vgl. Brief Gerhard Baumann an Helmut Ziegler vom 21. 4. 1958 und Einladung zur Gründungsversammlung vom 5. 5. 1958

<sup>15</sup> *Ostfriesenzeitung* vom 6. 10. 1962: »Zum äußersten Risiko bereit sein«

<sup>16</sup> Vgl. *Wehrpolitischer Digest* Nr. 1, München/Düsseldorf Juni 1962, S. 2

<sup>17</sup> Vgl. Verträge Der Bundesminister für Verteidigung mit Gerhard Baumann, Bonn 28. Juni 1956, Bonn 25. November 1958, Bonn 15. März 1959, Bonn 26. Oktober 1959

»Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP). Gegründet und um »einen gleichgesonnenen Verlegerkreis erweitert«<sup>18</sup> hatte die GfP Helmut Sündermann, vor Kriegsende SS-Sturmbannführer und stellvertretender Reichspressechef, der gemeinsam mit seinem Vorgesetzten Otto Dietrich 1940 im Zentralverlag der NSDAP seine »Erlebnisse mit dem Führer in Polen«<sup>19</sup> veröffentlicht hatte.

1964 setzten die bayerischen Verfassungsschützer ihren V-Mann ins rechtskonservative Lager auf das »Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes« (DKEG) an. Baumann engagierte sich dort in einer Schlüsselstellung als Pressereferent. Er war nicht der einzige Funktionär, der in dem Kuratorium im Auftrag von Inlandsgeheimdiensten tätig war. Lisbeth Grolitsch, die Präsidentin des Deutschen Kulturwerkes Österreich, einer Schwesterorganisation des DKEG, schrieb in ihrer Antwort auf einen Offenen Brief von Konrad Windisch am 8. November 1975: »Seit ungefähr 10 Jahren gehen in nationalen Kreisen Gerüchte über Sie um, Zuträger für die österreichische Staatspolizei zu sein. Dies führte vor etwa 7 Jahren zu einem Ehrengerichtsverfahren unter Vorsitz von Dr. Fritz Stüber in Wien. Sie gaben im Verlaufe des Verfahrens zu, der StaPo sogenanntes ›Spielmaterial‹ zu liefern, und begründeten damit Ihre Kontakte ...

Eigenartigerweise wurden in Ihrer unmittelbaren Umgebung und im ständigen Umgang mit Ihnen in der weiteren Folge Personen beobachtet, bei denen sich jedem Eingeweihten in volktreuen Kreisen die Haare sträuben, darunter Rischkowsky, CIC-Agent, später Verfassungsschutzamt Köln oder Bundesnachrichtendienst (BND).« Den Hinweis, dass N.J. Rischkowsky, der in den sechziger Jahren in Mainz die »Gesellschaft zum Studium von Zeitfragen« leitete, ein Spitzel sei, hatte Grolitsch im Oktober 1975 von Norbert Burger, dem ersten Bundessprecher der NPD, erhalten, der sich sicher war, dass Rischkowsky ihn beim Verfassungsschutz denunziert hatte.

Baumann jedoch genoß das uneingeschränkte Vertrauen von Lisbeth Grolitsch. Im März 1971 sprach er im Gasthof »Wilder Mann« in Graz zum Thema »Deutschland und die Ostverträge«, von Frau Grolitsch als Information über »den Verrat der Bonner Regierung an den Lebensinteressen des deutschen Volkes« angekündigt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln wurde erst rund zehn Jahre später auf Baumanns rechtsextremes Engagement aufmerksam, wie im Verfassungsschutzbericht für 1981 nachzulesen ist: »Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes« (DKEG). Am stärksten vom Mitgliederschwund ist 1981 wieder das DKEG betroffen gewesen. Die Vereinigung ist nur halb so groß wie die GFP und darüber hinaus völlig überaltert. Die jährlichen Veranstaltungen wie die ›Kulturtage der norddeutschen Pflegestätten‹ in Lüneburg im März und die ›Tage deutscher Kultur‹ in Planegg im Oktober dokumentierten mit jeweils nur etwas über 100 Teilnehmern ihren Niedergang. Der ›Goldene Ehrenring der deutschen Literatur‹ wurde dem rechtsextremistischen Schriftsteller Dr. Gerhard Baumann (69) verliehen<sup>20</sup>.«

Entrüstet wandte sich Baumann am 8. November 1982 an den FDP-Innenminister Gerhard Baum: »Die Bemerkung über mich ist eine niederträchtige Verleumdung – und (um mit bayerisch zu sprechen) eine hinterfotzige dazu, weil ich mich dagegen nicht wehren kann. Wäre ich jünger, würde sie mich in meiner Existenz bedrohen ... Ich ersuche Sie, die ebenso hinterhältige wie verleumderische und wahrheitswidrige Charakterisierung meiner Person korrigieren zu lassen.« Von Innenminister Baum erhielt er keine Antwort, aber dessen Nachfolger, CSU-

---

<sup>18</sup> Minow, Rüdiger und Walter von Goldenbach: »Deutschtum Erwache«. Aus dem Innenleben des staatl. Pangermanismus, Berlin 1994, S. 340

<sup>19</sup> Vgl. Dietrich, Otto, Helmut Sündermann, Wilfried Bade, Gunther d'Alquen und Heinz Lorenz: Auf den Straßen des Sieges. Erlebnisse mit dem Führer in Polen, München 1940

<sup>20</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): betrifft: Verfassungsschutz '81, Köln 1982, S.

Minister Fritz Zimmermann, teilte dem rechten Gesinnungstäter am 25. Januar 1983 mit, »dass Ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 1982 nicht beabsichtigt ist«. Die gute Nachricht kam für Baumann nicht ganz überraschend, denn er hatte parallel zum Vorstoß bei Baum einige Hebel in Bewegung gesetzt. Seinem Freund, dem CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos, schreibt er am 23. November 1982: »Ich habe eine Durchschrift (des Briefs an Baum; S-E.) dem Herrn Bundesinnenminister Dr. Zimmermann zugehen lassen. – Falls es Dir möglich ist, wäre ich dankbar, wenn Du bei Herrn Staatssekretär Spranger intervenieren könntest, dem ich nur einmal begegnet bin. Er ... kennt ebenfalls einen der höchsten Beamten – inzwischen pensioniert – des hiesigen Landesamtes für Verfassungsschutz. Da ich früher engen Kontakt zu ihm hatte, habe ich ihn von dem Vorgang unterrichtet. – Es gäbe nur die Möglichkeit, dass Herr Staatssekretär Spranger die Passage löschen läßt.«

Sechs Tage später wendet sich Handlos an seinen Amigo Carl-Dieter Spranger:

»Herrn Dr. Baumann bleibt theoretisch nur der Klageweg. Dieser ist jedoch dann ausgeschlossen, wenn der jetzige Bundesinnenminister den Bericht unterschreibt. Daher gibt es nur eine einzige Möglichkeit, nämlich die, dass die betreffende Passage gelöscht wird. – Darf ich, lieber Carl-Dieter, die Bitte an Dich richten, für eine Löschung der Passage Sorge zu tragen? Ich wäre hierfür sehr dankbar.«

Auch dem Jagsthausener Kreis, auf den die bayerischen Verfassungsschützer ihren V-Mann frühzeitig angesetzt hatten, gehörte Baumann an. Im Burggasthof Jagsthausen versammelte sich regelmäßig ein rechtskonservativer Kreis von Militärs und Beamten, Journalisten und Wirtschaftsführern aus vier Ländern. Die Anschriftenliste vom April 1985 umfaßt 30 bundesdeutsche Mitglieder – darunter Manzi Schacht, die Frau des NS-Bankpräsidenten Hjalmar Schacht, der selbst noch mit 91 Jahren im Sommer 1967 im Jagsthausener Kreis vorgetragen hatte. Mindestens vier – vermutlich sechs – der westdeutschen Jagsthausener gehörten, neben den BND-Pressesonderverbindungen Baumann und Rochus Hoffer, einem westdeutschen Geheimdienst an: Norbert Wingerter, Regierungsdirektor im Landesamt für Verfassungsschutz Bayern, sowie vom BND Ludwig Hauswedell, Herbert Kukuk und Prinz Karl von Thurn und Taxis.

In Österreich hatte der Zirkel 24 Mitglieder, in der Schweiz drei und in Italien fünf – darunter Johannes Gehlen, ein Halbbruder des BND-Gründers und ab 1947 sein Statthalter in Rom. Und auch Reinhard Gehlen tauchte gelegentlich im Jagsthausener Kreis auf, ebenso sein leitender Mitarbeiter Wilfried Strik-Strikfeldt<sup>21</sup>.

Den nachrichtendienstlich unterwanderten Kreis überwachte Baumann nicht nur für die Münchner Verfassungsschützer, sondern auch für das MfS. Schon in den sechziger Jahren hatte er seinen Agentenführer dorthin eingeladen; im März 1982 erhielt IM »Schwarz« von seinen Instrukteuren den Auftrag, Kurt Weiß, der dort bereits referiert hatte, als ständiges Mitglied für den Jagsthausener Kreis zu gewinnen.

»Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterhielt der Angeschuldigte regelmäßige Kontakte zu Mitarbeitern dieses Dienstes. Ab 1984 wurde er durch den LfV-Mitarbeiter mit dem Arbeitsnamen »Walter Gastk« verantwortlich geführt; er traf mit ihm durchschnittlich einmal im Monat zusammen und unterhielt sich mit ihm über aktuelle politische Ereignisse«, resümiert der Generalbundesanwalt und wirft Baumann vor, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre seinen LfV-Gesprächspartner »Gastk« zur Entwicklung der Republikaner, zur Person des neuen Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Mehler, abgeschöpft zu haben und im Auftrag des MfS die regelmäßigen »VS-Monatsberichte« für Bayern, die »VS-Berichte« des

---

<sup>21</sup> Vgl. Schreiben Gerhard Baumann an Kurt Weiß vom 6. 3. 1991 und Schreiben von Wilfried Strik-Strikfeldt an Baumann vom 20. 2. 1967

Bundes und die »Verfassungsschutzinformationen« des Bayerischen Innenministeriums beschafft zu haben. »Die Verfassungsschutzberichte sind offen, ich habe sie nicht auf ›Anordnung‹ der Stasi angefordert, sondern auf Wunsch von K. G. Stempel, der wissen wollte, ob das ›Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes‹, dessen Präsident er ist, in den Berichten auftaucht«, wehrt sich Baumann gegen diesen Vorwurf. Vor Gericht hätten seine Unschuldsbeteuerungen keinen Bestand gehabt. Wenn ihn sein Instrukteur »Trautmann« alle sechs bis acht Wochen in seinem Kellerbüro aufsuchte, hatte dieser die »Techniktasche« stets dabei und zeichnete so alle Gespräche auf. Die Tonbandabschriften lagen dem GBA vor. Im November 1983 beispielsweise entschuldigte er sich bei »Trautmann«, er habe die VS-Monatsberichte nur bis Juli geliefert, da sein Kontaktmann beim LfV, Seidlitz, noch nicht aus dem Krankenhaus zurück sei. Folglich habe er auch die erwünschte Einschätzung des Verfassungsschutzes zum »Heißen Herbst« und die Übersicht über die Maßnahmen des Inlandsnachrichtendienstes zur Absicherung der Stationierung amerikanischer Atomraketen gegen die Massenproteste noch nicht beibringen können.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in München beendete die Zusammenarbeit mit Baumann erst am 25. Juni 1991, nachdem das Strafverfahren gegen ihn eröffnet worden war. Doch es dauerte noch bis Anfang August, ehe die bayerischen Verfassungsschützer den Bundesnachrichtendienst informierten, dass BALLY für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hatte<sup>22</sup>. Und so wie weder BND noch Verfassungsschutz von der Agententätigkeit Baumanns für das MfS wußten, so hätte der Vielfachagent auch seine »französischen« Partner über seine inoffizielle Tätigkeit für das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im unklaren gelassen<sup>23</sup>, schrieb der Generalbundesanwalt einen weiteren Irrtum fest. Bei gründlicher Durchsicht der ihm von der Gauckbehörde übersandten Akten hätte der GBA in dem Aktenstück vom 8. März 1983 feststellen können, dass Baumann mit Wissen des MfS »selbst Agent des Verfassungsschutzes« war.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln geriet nicht in den Strudel, den Baumanns Enttarnung im Münchner LfV und beim BND ausgelöst hatte. Doch auch dorthin hatte Baumann seine Verbindungen, namentlich zu Lorenz Bessel-Lorck, Jahrgang 1914, seit 1962 Leitender Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung II (Rechtsradikalismus). Am 27. Juli 1966 sendet Baumann mit dem Dank »für die offene Aussprache und die Informationen« eine Ausgabe des *Stürmer* an den BfV-Beamten zurück. Beigefügt hat er auch einen Artikel zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Atlantikcharta: »Das Thema steckt ja voller Ressentiments und unerfreulicher Erinnerungen. Sie selbst würden es vielleicht anders abhandeln, aber wenn ich die faulen Stellen unterschlage, verliere ich den Einfluß auf unsere Leser und kann kein Gegengewicht gegen rechtsextreme Tendenzen aufbauen.« Rechtsextremen Bestrebungen etwas entgegenzusetzen, lag wohl nie im Interesse Baumanns, dessen politische Heimat am rechten Rand der CSU lag. Als sich dieser rechte Rand der bayerischen Staatspartei verselbständigte und Baumanns Freund und Verleger Franz Handlos die Republikaner gründete, waren MfS und Verfassungsschutz gleichermaßen an Spitzelberichten aus diesem Umfeld interessiert. Beide Geheimdienste interessierten sich auch für den CSU-Dissidenten Harald Rüdtenklau, den der IM »Schwarz« gelegentlich zum Meinungsaustausch traf, Ende November 1988 beispielsweise im Schloßparkhotel in Bonn zum Mittagessen. Rüdtenklau gründete seine eigene Gruppierung Neuer Deutscher Nationalverein. Baumann trat dem Verein Ende 1989 im Auftrag des MfS bei<sup>24</sup> und unterbreitete dem Rechtsaußenpolitiker im Auftrag des DDR-Geheimdienstes, der

---

<sup>22</sup> Vgl. *DER SPIEGEL* 17/1997, S. 69

<sup>23</sup> Vgl. Anklageschrift S. 39

<sup>24</sup> Vgl. Brief Harald Rüdtenklau an Gerhard Baumann vom 9. 11. 1988 und Schreiben Neuer Deutscher Nationalverein e.V. an Gerhard Baumann vom 11. 12. 1989

ihn als »Kontaktperson« unter dem Decknamen »Rübe« führte, den Vorschlag, gegen Einzelhonorar Berichte für seine »französischen« Freunde zu schreiben. Dass auch der pensionierte BND-Abteilungsleiter Kurt Weiß den Republikanern näher stünde als der CSU und sich in »heftiger Distanz« zu Franz Josef Strauß befinde, erläuterte Baumann seinem MfS-Führungsoffizier bei einem Treffen im November 1983. WINTERSTEIN sei zwar immer noch Mitglied der CSU, »in einem Ortsverband, in dem sehr viele Leute drin sind, die gar nicht in dem Ort wohnen«, aber er sei Handlos bei der Ausarbeitung des Parteiprogramms der Republikaner behilflich gewesen.

»Als nicht erheblich stuft die CSU den Fall des Informellen Mitarbeiters ›Schwarz‹ ein ... Als Handlos und Vogt im September 1983 zu den Republikanern wechselten, sei er ›kaltgestellt‹ worden, hieß es in der CSU. Zugang zu vertraulichen Informationen habe er nicht gehabt«<sup>25</sup>, schrieb die *Süddeutsche Zeitung* am 19. Februar 1992. Zufrieden mit dem Artikel war »nach ruhiger Überlegung« auch Gerhard Baumann, der sich von *SZ*-Redakteur Michael Stiller fair behandelt fühlte, weil der »Verfasser (übrigens ein SPD-Mitglied)« – wie Baumann seinem Freund Peter Dehoust, dem Herausgeber der rechtskonservativen Zeitschrift *Nation Europa*, mitteilte – im Text nie seinen Klarnamen genannt habe. Gern hätte Baumann auch Stillers Schlußbemerkung vertraut, dem Vernehmen nach hätten die Verfassungsschützer ihm gesagt, »er werde straflos aus der Affäre herauskommen«. Immerhin sollte der GBA da noch knapp zwei Jahre für die Fertigstellung der Anklage benötigen, der auf zwölf Verhandlungstage angesetzte Prozeß vor dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts erst am 21. Juni 1995 beginnen<sup>26</sup>. Doch da war der 82jährige Gerhard Baumann wegen eines Lungenkarzinoms, an dem er 1996 verstarb, nicht mehr verhandlungsfähig<sup>27</sup>. Zufrieden konnte die CSU gewiß mit Stillers *SZ*-Beitrag sein, weil fahrende Christsoziale so aus der Schußlinie gerieten. Die Hanns-Seidel-Stiftung hatte Baumann nämlich keineswegs im September 1983 kaltgestellt, wie Stiller berichtet. Vielmehr ging er dort weiter ein und aus; Dieter Schmidt, Leiter des Instituts für Auswärtige Beziehungen, nahm ihm Studien und Analysen ab, im Juli 1986 beispielsweise, um sie in den Wehrpolitischen Arbeitskreis der Christsozialen einzubringen<sup>28</sup>. Noch im Februar 1990 teilte ihm Schmidt mit, dass die CSU-Parteistiftung seine Ausarbeitung »SPD und Wiedervereinigung« für ein Honorar von DM 350,- gern übernehme und außerdem prüfe, ob man für DM 1000,- seine Ausarbeitung »Die deutsche Einheit im internationalen Widerstreit« publiziere<sup>29</sup>. »In den Jahren 1981 bis 1989 lag ein weiterer Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung des Angeschuldigten in der Abschöpfung ihm bekannter Personen aus den Kreisen der CSU und CDU«, konstatierten die Karlsruher Ankläger und hoben namentlich die heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Michaela Geiger, CSU-Minister Hans Klein und die Verteidigungsexpertin Ursula Krone-Appuhn hervor. Die besonders begehrten Studien der vom Kanzleramt finanzierten »Stiftung für Wissenschaft und Politik« in Ebenhausen erhielt IM »Schwarz« – so der GBA unter Berufung auf MfS-Akten – »zunächst durch den damaligen Bundestagsabgeordneten Zimmermann und ab 1982 über den damaligen Landesvorsitzenden der CSU Dr. Theo Waigel«. Waigel sei er »nur ein einziges Mal zwecks Vorstellung begegnet, ich habe nie etwas von ihm erhalten oder angefordert«, suchte Baumann den CSU-Vorsitzenden in

---

<sup>25</sup> *SZ* vom 19. 2. 1992: Am Grab von Strauß dirigierte ein Spitzel

<sup>26</sup> Vgl. *SZ* vom 29. 5. 1995: Spionageprozeß gegen Münchner Journalisten

<sup>27</sup> Vgl. *SZ* vom 22. 6. 1995: Münchner Journalist vor Gericht

<sup>28</sup> Vgl. Brief Dieter Schmidt an Gerhard Baumann vom 30. 7. 1986

<sup>29</sup> Vgl. Brief Dieter Schmidt an Gerhard Baumann vom 9. 2. 1990 sowie Brief Gerhard Baumann an Dieter Schmidt vom 1. 2. 1990

Schutz zu nehmen. Doch wiederum strafen ihn seine protokollierten Gespräche mit dem MfS-Instrukteur Lüge.

Baumann konnte jedoch nicht nur konservative Sicherheitspolitiker, wie seit den siebziger Jahren den damaligen verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Manfred Wörner, zu den Abschöpfkontakten zählen, die ihm »in alter Verbundenheit« (Wörner im Dezember 1976) regelmäßig Informationen zukommen ließen. Auch zu führenden Sozialdemokraten pflegte Baumann über Jahre hinweg gute Beziehungen. Im März 1965 besuchte er beispielsweise den damaligen Hamburger Innensenator Helmut Schmidt zu einem mehrstündigen Gespräch in der Hansestadt<sup>30</sup>, wie er seinem MfS-Instrukteur brieflich berichtete. Als Schmidt Verteidigungsminister geworden war, führten beide einen lebhaften und durchaus vertrauten Briefwechsel. Auch Karl Wienand zählte in den siebziger Jahren zu den regelmäßigen Gesprächspartnern, die er in der Bundeshauptstadt aufsuchte, und Ende der achtziger Jahre diente ihm Oberst Heinrich Buch, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der SPD, als Abschöpfkontakt für wehrpolitische Fragen. Um seine Informationsstränge nicht zu gefährden, benutzte Baumann für seine Kampfschriften gegen die Sozialdemokratie ein Pseudonym. Im Vowinkel-Verlag veröffentlichte er beispielsweise 1976 das Buch »Volksfront droht! Die Verschwörung der Linken« unter dem Namen Wilhelm Anders.

Ein regelrechtes Doppelspiel vollführte Baumann mit Mitgliedern im Arbeitskreis »Sicherheitspolitik« des SPD-Bezirks Südbayern. Bis er sich dort am 30. Mai 1990 brieflich abmeldete, hatte er das Forum regelmäßig besucht – am 21. Februar 1988 beispielsweise, als nach der Eröffnung durch den kommissarischen Vorsitzenden Wolfgang Nippel der Referent der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Oberstleutnant i.G. Heinrich Buch, einen Vortrag über »Sicherheitspolitische Perspektiven nach dem INF-Abkommen« hielt; oder im September 1986, als Matthias Schönborn vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr dort von einem Besuch beim Nato-Kommando Süd in Neapel berichtete.

Was Baumann bei diesem SPD-Arbeitskreis ausspähte, war dem MfS auch aus anderer Quelle in detail bekannt, denn dessen Vorsitzender Wolfgang Nippel, Journalist beim *Bayerischen Rundfunk*, war selbst Agent des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Bildung dieses Arbeitskreises selbst ging auf den Auftrag aus Ost-Berlin zurück, auf diese Weise Offiziere der Bundeswehr, Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, der Hochschule der Bundeswehr und der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen mit sozialdemokratischem Parteibuch abzuschöpfen.

Neuigkeitswert hatten die sozialdemokratischen Debatten in München jedoch für die Christlich Soziale Union. Baumann sandte mehrseitige Aktennotizen über seine Ausspähung der Münchner Sozialdemokraten an Dieter Schmidt von der Hanns-Seidel-Stiftung und Dr. Johann, Referent des Arbeitskreises Außen-, Deutschland-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik in der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. 1985 konstatierte Baumann unter anderem: »Seit der Übernahme des SPD-Landesvorsitzes durch Schöffberger agiert der Arbeitskreis nicht mehr so einheitlich wie bisher ... Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Linkskräfte mehr hervorwagen.«

Johann übermittelte ihm am 10. Dezember 1985 seinen »herzlichen Dank für die Übersendung Ihres ›Lageberichts‹ zur SPD Südbayerns. Ich kann nur wiederholen, dass diese Ihre Papiere hier von großem Wert für mich sind.« Karl Johann, Jahrgang 1940, war auch dem MfS kein Unbekannter. Das überwachte sein Telefon im Bonner Kannheideweg, weil er von dort aus häufig den Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz, Werner Hoch, anrief.

In der Schwesterpartei CDU bediente sich Baumann in den achtziger Jahren bei Dr.

---

<sup>30</sup> Vgl. Brief Gerhard Baumann an Erich Richter vom 30. 3. 1965

Hans-Joachim Veen, dem damaligen Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung. Den Kontakt zu ihm hatte ihm dessen Vorgänger Dr. Hans Rühle verschafft, der Baumann unter anderem mit Materialien des Dokumentationszentrums der Bundeswehr und aus der NATO versorgte. Zu den Stärken von BALLY zählte – neben immensem Fleiß – die Beharrlichkeit, mit der er seine Kontakte in Medien und Politik pflegte. Das zahlte sich aus, wenn langjährige Verbindungen Karriere machten. Mit Rühle beispielsweise korrespondierte er regelmäßig privat und dienstlich, als dieser an der Spitze der CDU-Parteistiftung stand. Der beauftragte ihn regelmäßig mit Studien für die Adenauer-Stiftung – 1982 beispielsweise zum Traditions- und Geschichtsbewußtsein im geteilten Deutschland – und traf oft in Bonn mit ihm zusammen. Als Rühle dann unter Verteidigungsminister Wörner Chef des Planungstabs auf der Hardthöhe wurde, hatte Baumann einen direkten Draht ins Verteidigungsministerium<sup>31</sup>. Die Beziehungen zur Adenauer-Stiftung liefen weiterhin parallel, Baumann besuchte Veen ein- bis zweimal im Jahr in seinem Büro, diskutierte mit ihm über Entwicklungen in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik und verfaßte in seinem Auftrag das Buch »Die Blockfreien-Bewegung«.

»Neu, überraschend und für das Büro fast undenkbar«, schrieben Baumanns MfS-Betreuer in den Reiseplan Nr. 109 für ein Treffen mit ihrem Agenten im März 1982, sei Rühles Interesse, als Nachfolger von Klaus Kinkel Präsident des Bundesnachrichtendienstes zu werden. Baumann wußte es schon, seit er Rühles Interesse an einem persönlichen Gespräch mit Kurt Weiß übermittelt hatte. So formulierten die Leipziger MfS-Offiziere den Auftrag an den IM »Schwarz«, doch in Erfahrung zu bringen, ob Gönner im amerikanischen Senat hinter Rühles Ambitionen stehen könnten. Und auch auf Interna der CDU-Stiftung sollte Baumann erneut angesetzt werden. Das MfS interessierte, wie es um den internen Streit zwischen Rühle und dem Stiftungsvorsitzenden, Bundesminister a.D. Bruno Heck, stehe.

Im September 1982 feierte Baumann seinen siebzigsten Geburtstag. Das hohe Alter des IM und seine häufig angegriffene Gesundheit bereiteten den MfS-Betreuern Sorge. Leicht wäre das Allroundtalent nicht zu ersetzen. So setzten sie Baumann selbst auf die Suche nach geeigneten Nachfolgern für jedes Segment seiner weitgefächerten Kontakte an. Für den militärischen Bereich sollte er Oberst a.D. Gerhard Hubatschek, den Herausgeber des *IAP*-Dienstes, gewinnen, der beim MfS bereits unter dem IM-Vorlauf »Speyble« lief.

Um auch über Baumanns aktive Zeit hinaus Interna aus der CSU in Erfahrung zu bringen, sollte IM »Schwarz« den Leitenden Ministerialdirigenten in der bayerischen Staatskanzlei, Dietrich Pause – wiederum »unter französischer Flagge« –, werben. Der tat, wie ihm geheißen, und kümmerte sich intensiv um die »Kontaktperson Spitze«, bis die Wende 1989 eine über das Abschöpfen hinausgehende Bindungsverhinderte. »Der Angeschuldigte suchte bis Juni 1989 Dietrich Pause durchschnittlich einmal monatlich in dessen Büro auf und unterhielt sich mit ihm entsprechend den Vorgaben seiner Auftraggeber vorrangig über die deutsch-französische Zusammenarbeit, über die Lage in der CSU und über die bayerische Landesregierung«, hält die Anklageschrift gegen Baumann dazu fest.

In Leipzig war eine ganze Crew der MfS-Bezirksverwaltung für Baumann eingespannt: »Trautmann« – bürgerlich Werner Thümmler, für Baumann hingegen: Werner Trommer –, seit Anfang der siebziger Jahre sein Instrukteur; Horst Findeisen, seit 1974 sein Führungsoffizier; und ab 1986 der Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter »Veit«, Arbeitsname Dr. Priem, der bis heute nicht identifiziert ist. Selbst der Leiter der Leipziger MfS-Dependance, Oberst Claus Brüning, reiste Ende Mai 1989 nach Stockholm, um Baumann persönlich zu danken und die

---

<sup>31</sup> Vgl. Briefe Gerhard Baumann an Hans Rühle vom 1. 3. 1982 und 26. 9. 1982 sowie Briefe Hans Rühle an Gerhard Baumann vom 13. 4. 1981 und 20. 1. 1983



heikle Frage seiner Nachfolge anzusprechen. Von 1981 bis 1989 gab es 62 Treffs zwischen IM »Schwarz« und »Trautmann«, die entweder in Baumanns Kellerbüro stattfanden oder im Restaurant Möwenpick im Münchner Rundfunkhaus. Die letzte aktenkundige Begegnung fand im Oktober 1989 statt; am 26. März 1990 erklärte »Trautmann« Baumann gegenüber die Zusammenarbeit für beendet, weil er in den Ruhestand trete und »Dr. Priem« nach Amerika versetzt worden sei. Ob der für den 17./18. November 1989 in Wien geplante Führungstreff noch zustande gekommen war, konnte der GBA nicht ermitteln. Nur Baumanns Unterlagen verraten, dass er in der österreichischen Hauptstadt neun Tage nach dem Fall der Mauer noch einmal MfS-Mann »Hörnig«, der in den Akten nirgendwo auftaucht, begegnet war. Mit den »Einzelinformationen« des IM »Schwarz« konnte die Bezirksverwaltung Leipzig in der Berliner Zentrale der HVA Staat machen. Die Abteilung VII stufte die militärpolitischen Erkenntnisse im Durchschnitt mit der Note 3 ein, in einzelnen Fällen mit 2 (wertvoll); in der Abteilung IX wurden die Meldungen über die westlichen Nachrichtendienste in der Regel mit der Note 2 bewertet, vereinzelt sogar mit der Note 1 (sehr wertvoll).

Bei der Ausspähung des BND, seiner Schwerpunktaufgabe, lieferte Baumann nicht nur Qualität, sondern auch Quantität – nicht etwa nur bei Weiß abgestaubte oder von ihm umgeschriebene BND-Berichte, sondern auch brandaktuelle Nachrichten zur inneren Lage im Bundesnachrichtendienst und dem Gerangel um Führungspositionen sowie – laut GBA – »Standpunkte des Bundesnachrichtendienstes zu aktuellen innenpolitischen Ereignissen und zu der allgemeinen Regierungssituation«.

Nebenbei zog Baumann Erkundigungen zu diesen Fragen bei seinem Kameraden aus dem Jagsthausener Kreis, dem BND-Mitarbeiter Herbert Kukuk, ein. Im März 1982 war er beispielsweise darauf angesetzt, Kukuk Informationen zur inneren Lage im BND, zu dessen Rolle in Nahost und Polen sowie Pullachs Einschätzung der Entwicklung in Griechenland und der Türkei zu entlocken. Den größten Ertrag fuhr er jedoch regelmäßig von Kurt Weiß ein, der ihn anlässlich eines Symposiums der Hanns-Seidel-Stiftung auch mit BND-Präsident Eberhard Blum bekanntgemacht hatte. Zu den Perlen, die IM »Schwarz« nach Leipzig lieferte, zählten sicherlich der »Geheimplan« des BND zur »Untersuchung der Infiltration der internationalen Organisationen«, eine 1983 von WINTERSTEIN handschriftlich gefertigte Niederschrift zu den Führungskräften des Bundesnachrichtendienstes einschließlich einer Beschreibung ihres Werdeganges und ihrer politischen Ausrichtung, aber auch eine »VS-Vertraulich« eingestufte Studie von 1988 zu den Kampfgruppen der DDR.

Besonders erpicht war das MfS auf das Buch zur »Geschichte des BND«, an dem Weiß seit Anfang der achtziger Jahre im Auftrag seines früheren Arbeitgebers arbeitete. Auch die MfS-Zentrale in Berlin war gespannt, was einer der wichtigsten Operateure Gehlens aus dem Nähkästchen plaudern würde. Doch Weiß gab seinem Freund nur Teile dieses Werks, so das »VS-Vertraulich« eingestufte Manuskript zum »Krisenjahr 1956«.

Wie geschickt die MfS-Instrukteure Baumann darauf vorbereiteten, seinen Freund Weiß auszuhorchen, dokumentiert der Tonbandmitschnitt des Treffens vom November 1983. Nachdem Baumann seinem Instrukteur vier Ausarbeitungen von WINTERSTEIN übergeben hat, bringt dieser das Gespräch auf zwei im September und Oktober in der *Welt* und in der *FAZ* erschienene Artikel. Die beiden Tageszeitungen hatten berichtet, dass Norbert Klusak, Vizepräsident des BND von April 1980 bis zu seinem Tode am 27. Februar 1986, als Resident nach Washington gehen sollte, und Spekulationen über die Nachfolge Blums an der Spitze des Dienstes angestellt. »Und wenn das hier so offen in der Presse geschrieben wird, da gibt es doch einen guten Anlaß«, ermuntert der MfS-Offizier den IM »Schwarz«, bei Weiß in dieser Richtung weiter zu bohren. »Ja! Natürlich! Natürlich! Da haben wir einen guten Anstoß. Jaaa, jaa!«, springt Baumann enthusiastisch an und macht

sich eine Vornotiz für die nächste Begegnung mit dem BND-Pensionär. Natürlich sollte Baumann – sicherlich die schwierigste Aufgabe – für das MfS auch in seinem Schwerpunktgebiet BND für einen Nachfolger sorgen. Nur zu gerne hätte der DDR-Geheimdienst über Gabriele Gast und Alfred Spuhler hinaus über eine weitere Innenquelle im Herzen des Gegners verfügt. Mit dem IM-Vorlauf »Zange« schien Baumann Mitte der achtziger Jahre tatsächlich auf dem besten Wege, auch dieses hochgesteckte Ziel zu erfüllen. Wer sich hinter diesem MfS-Decknamen verbarg, war der Sicherheitsabteilung des BND – laut *Focus* vom Februar 1994 – zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Doch da sich Baumanns MfS-Betreuer in den Vernehmungen durch die Bundesanwaltschaft auskunftsfreudig zeigten, konnten die Karlsruher Ankläger dem Bundesnachrichtendienst mitteilen, welcher Mitarbeiter einer so großen Gefährdung ausgesetzt gewesen war: »1984 geriet Dr. Günther Schmid – damals Mitarbeiter bei dem Geschwister-Scholl-Institut – als Zielperson in das Blickfeld des MfS. Zu dieser Zeit zeigte sich Dr. Schmid gegenüber dem Angeschuldigten an einer Einstellung in den Bundesnachrichtendienst interessiert, woraufhin der Angeschuldigte ihm seine Hilfestellung anbot und Dr. Weiß einschaltete.«

Der GBA konstruierte aus dem allgemeinen Auftrag des MfS für Baumann und dem späteren Umwerben des BND-Mitarbeiters Schmid, er habe den Hochschullehrer im Auftrag des MfS in Pullach eingeschleust. Dem widersprach Baumann energisch: »Es ist unwahr, dass ich dafür einen Auftrag von den Stasi-Gangstern hatte.« Diesmal hätte er seine Version durch Rückgriff auf die eigenen Akten stützen können, denn die weisen aus, dass die Initiative von Schmid ausging, den er seit Anfang der achtziger Jahre kannte und der ihm am 15. Juni 1984 schreibt: »Was den von mir erbetenen Gesprächskontakt mit den leitenden Herren aus Pullach (Blum/Weiss) betrifft, so möchte ich Sie herzlich bitten, hier am Ball zu bleiben und die Sache voranzutreiben! Ich bin an einer raschen Gesprächsführung sehr interessiert und bitte Sie, meinen Datenbogen an Ihre Gesprächspartner weiterzugeben.« Am 11. Juli 1984 drängt er erneut: »Nachdem ich trotz meiner Bitte nach einer kurzen umgehenden Benachrichtigung (mündlich oder schriftlich) wegen der Pullach-Geschichte nichts mehr von Ihnen gehört habe, möchte ich Sie noch einmal bitten, mir den Draht nach dorthin (in die oberen Etagen, die Sie ja gut kennen!) zu schalten,«

Schmids Beharrlichkeit zahlte sich aus, denn Weiß setzte sich für ihn bei BND-Präsident Blum ein; im April 1985 wurde er als Oberregierungsrat im Bundesnachrichtendienst eingestellt. IM »Schwarz« hatte Schmid als sicherheitspolitischen Experten allerdings schon 1983 ins Blickfeld des MfS gerückt. Ausweislich des Tonbandmitschnitts des MfS antwortete Baumann auf die Frage »An welcher politischen Front kämpft denn der?« mit der Einschätzung: »Ja, eigentlich ganz auf dem rechten Flügel ist er.«

Nachdem Schmid im Dienst des BND stand, sollte IM »Schwarz« ihn unter der gewohnten Flagge »Büro des französischen Ministerpräsidenten« für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit werben. Er berichtete ihm regelmäßig von den Partnern in Paris, mit denen er in »ständigem Gedankenaustausch« stehe. Selbst bei dem Festakt zu Baumanns fünfundsiebzigsten Geburtstag am 19. September 1987 bei Innsbruck wurden weitere Details der Anwerbung von »Zange« besprochen. Als Zuckerbrot sollte Baumann dem in der Westaufklärung tätigen BNDler »Informationen aus Frankreich« überlassen und ein erstes Treffen mit einem »Freund aus Paris«, dem MfS-Offizier »Veit«, arrangieren, um sich einen Eindruck von Schmid zu verschaffen und »mögliche andere Reaktionen im Gefolge« zu studieren.

Schon bald ließ Baumann den frischgebackenen BNDler spüren, dass er ihm den Weg in den Bundesnachrichtendienst gebahnt hatte und dafür doch mehr Entgegenkommen erwartet hätte: »Da offenbar – ich kenne den Grund nicht, würde ihn aber gerne wissen – die Verbindung zwischen uns abgerissen ist, lasse ich

Ihnen meine Aktennotiz nebst der anhängenden Dokumentation per Post zugehen«, teilte er ihm im Herbst 1985 mit.

»Pensionär Weiss, ausgestattet mit einer Dauergenehmigung für das Betreten der Zentrale, sicherte sich, was er kriegen konnte. Referatsleiter, die ihm Aktenstücke verweigerten, beschimpfte er als illoyal und drohte mit Beschwerden nach oben: ›Das Motto des Herrn Kurt Weiss ist dann immer gewesen, dass er sich notfalls über Dr. Münstermann bedienen werde«, zitierte der *SPIEGEL* im April 1997 den BND-Ermittlungsbericht.

Auch Günther Schmid wurde, wenn er sich Baumann gegenüber nicht dienstbeflissen genug zeigte, Opfer einer solchen Intervention. Im Januar 1986 konnte Weiß seinem Spezi auf einer Grußkarte mitteilen: »Übrigens meldete mir Dr. Sch.: ›Befehl ausgeführt, alles in Ordnung«. Er hat wenigstens gespurt.« Schmid bittet Baumann zu dieser Zeit sogar erneut, seinen Einfluß geltend zu machen, um für einen früheren Kollegen eine Stelle bei der Konrad-Adenauer-Stiftung oder der Hanns-Seidel-Stiftung zu besorgen. Doch Baumann muß ihn am 19. Juni 1986 mit einer Absage enttäuschen.

Ein knappes Jahr später knirscht es erneut zwischen Baumann und Günther Schmid, verbittert schreibt IM »Schwarz« dem Mann, der ihm seine Einstellung in Pullach zu verdanken hatte, am 11. April 1987: »Lieber Herr Schmid, da wir uns ja doch nicht mehr treffen und die Verbindung offenbar abgebrochen ist, schicke ich Ihnen meine Analyse Friedenssicherung durch Menschenrechte .... Die erforderlichen Unterlagen sind mir bereits in Aussicht gestellt worden – ich muß meine Kontakte halt umpolen und werde Sie nicht mehr belästigen.« Elf Tage später besinnt er sich eines Besseren und unternimmt einen neuen Anlauf, um sich den Kontakt warmzuhalten: »Um aber seriös und stichfest zu bleiben, brauche ich den Kontakt zu solchen Personen, die erstens mehr wissen als ich und die zweitens urteilsfähig sind. Von ihnen brauche ich neben Informationen über ein mich beschäftigendes Problem ein Urteil, ggf. eine Korrektur über meine Aussagen ... Drei Wochen hintereinander steht in meinem Terminkalender, wann ich Sie auf Ihre Veranlassung hin anrufen sollte. Ich verstehe durchaus, dass bei Ihrer Belastung kein Treffen zustande kam. Aber, lieber Herr Schmid, verstehen Sie nicht umgekehrt auch, dass mir dieses vergebliche Antichambrieren schlicht peinlich ist? Nur deshalb, nicht um die Beziehungen zu Ihnen abzubrechen, habe ich Ihnen geschrieben, dass ich Sie nicht wieder anrufen werde.«

Günther Schmid antwortet ihm am 25. April prompt mit einer Erklärung, die jeder Staatsanwalt als Eingeständnis des Verrats von Dienstgeheimnissen werten muß: »Im übrigen haben wir uns zu oft gesehen, als dass Sie mir mit Ihrem – wie nennen Sie es? – ›Antichambrieren« auf den Wecker gehen könnten, eine solche Denkkategorie gibt es für mich nicht! Allerdings: Ich kann sicherlich nichts dafür, dass ich in einem engen beruflichen Terminkorsett stecke und bei Gott nicht immer (auch oft nicht nach mehreren vergeblichen Treffversuchen!!) wie gewünscht abrufbar bin. So ist es nun mal! Dass Sie für Ihre Arbeit Hinter-/Grund-Informationen brauchen, ist mir schon klar, dass andererseits ich zu vielen Punkten noch etwas mehr weiß – falls ich etwas wüßte – Ihnen etwas sagen dürfte ... sollte Ihnen eigentlich klar sein. Dass ich es dennoch in den letzten 2 1/2 Jahren fast konstant tue (gegen eine sehr strikte Verbotregel in meiner Firma!), müßte, wie ich meine, Vertrauensbeweis und Interesse ausreichend dokumentieren ... Fazit: Gesprächsbereitschaft und Interesse nach wie vor un-gebrochen, allerdings durch eine umfangreiche Reisetätigkeit (Westeuropa, Skandinavien, USA – alle in diesen Wochen und Monaten) ›in praxi« limitiert.« Hätte der Generalbundesanwalt, der den BNDler vernommen hatte, diesen Brief gekannt, wäre die Einschätzung seines Verhaltens in der Anklageschrift möglicherweise anders ausgefallen. Dort wird nämlich eher die angebliche Ablehnung und Zurückhaltung Schmidts gegenüber der Seilschaft Münstermann-Weiß-Baumann betont: »Nachdem Dr. Schmid 1987 mehrfach Treffen mit dem

Angeschuldigten abgesagt hatte und auch nicht bereit war, ihm wesentliche Informationen und Analysen aus dem Bundesnachrichtendienst zukommen zu lassen, schaltete der Angeschuldigte Dr. Weiß ein und ließ über ihn an das ›Dankbarkeits- und Anstandsgefühl‹ von Dr. Schmid appellieren. Dr. Weiß wies Dr. Schmid auf das hohe Ansehen des Angeschuldigten in der Führungsspitze des Bundesnachrichtendienstes hin; Treffs mit ihm könne er vorbehaltlos wahrnehmen. Nachdem auch dieses ›Anstandsgespräch‹ – so der Sprachgebrauch des MfS – ohne Erfolg blieb, wurde eine neue Strategie eingeschlagen. Der Angeschuldigte sollte gegenüber Dr. Schmid seine Beziehungen zum Bundesnachrichtendienst, speziell zur Führungsspitze, in den Vordergrund stellen und sich ihm als ›Berater und Einflußperson in politisch gleichgesinnten Kreisen‹ darstellen. Auch diese Maßnahme führte nicht zum Erfolg. Mitte 1988 brach der Kontakt zwischen dem Angeschuldigten und Dr. Schmid ab<sup>32</sup>.«

Gerhard Hubatschek, Dietrich Pause und Günter Schmid waren nicht die einzigen Eisen, die Baumann in den achtziger Jahren für das MfS im Feuer hatte. »Seit Jahren hat ›Schwarz‹ den Auftrag, entweder einen Mitarbeiter des BND zur Werbung vorzubereiten oder eine Einschleusungsmöglichkeit zu entwickeln. Dafür wurde ihm auch eine größere Geldsumme in Aussicht gestellt«, resümiert BV Leipzig am 8. März 1983. Für die »französischen« Freunde sollte er nun Dieter Farwick umwerben, der in seiner Zeit als Bataillonskommandeur im Saarland eine besondere Affinität für das Nachbarland Frankreich entwickelt hatte. Inzwischen war der Bundeswehroffizier, Jahrgang 1940 – gefördert von der CDU –, in den Planungsstab der Streitkräfte aufgestiegen, spielte aber auch mit dem Gedanken, zum Bundesnachrichtendienst zu wechseln.

Zu Baumanns Abschöpfkontakten in Bonn zählte Dieter Farwick spätestens seit Anfang 1982. Der MfS-Instrukteur hatte während der Reise 109 seinen IM »Schwarz« im April 1982 beauftragt, das von Farwick mitverfaßte Konzept des Weißbuchs – »insbesondere Hintergrundinformation und Ausgangsmaterial« – zu beschaffen. Die beim vorangegangenen Treff übermittelten Informationen des Offiziers aus dem Planungsstab seien dem »Büro« leider bereits bekannt gewesen, beklagte »Trautmann«. Bei der Reise 121 im November 1983 erhielt Baumann vom IM »Trautmann« den Auftrag, von Farwick Schlußfolgerungen der Hardthöhe zu den Aktivitäten der Friedensbewegung, die Synopse zum Weißbuch sowie die Vorstellungen zur Vervollkommnung des Mobilmachungssystems bis 1990 zu beschaffen.

Wie gut sich Farwick als Abschöpfquelle eignete, läßt sich daraus ablesen, dass er Baumann mit vertraulichen und sehr persönlichen Informationen sowie einem vernichtenden Urteil über seinen Gegenspieler in der SPD-Bundestagsfraktion, den sicherheitspolitischen Berater Oberst Heinrich Buch, versorgte, die Baumann im Januar 1987 umgehend an Dieter Schmidt von der Hanns-Seidel-Stiftung weiterleitete.

Am 8. März 1983 unterbreitete die Abteilung XV der Leipziger MfS-Bezirksverwaltung einen Vorschlag »für den Einsatz des ›IM Schwarz‹ zur Einschleusung des ›IM Becker‹ der HVA IX in den BND«. Anstelle eines allmählichen Heranführens von Farwick an Weiß entschied sich MfS-Hauptmann Findeisen für den direkten Weg: »IM ›Schwarz‹ teilt ›Berater‹ mit, dass er einen zuverlässigen Menschen, der aktiv in der wehrpolitischen Arbeit tätig ist, persönlich gut kennt und dieser sich arbeitsmäßig verändern möchte. Frage an ›Berater‹, ob er nicht etwas für diesen jungen Menschen tun könnte.« Die Voraussetzungen schienen gut, da Weiß Baumann bereits versprochen hatte, sich bei BND-Präsident Eberhard Blum für Farwick zu verwenden.

Auch wenn langfristig angelegte MfS-Operationen in der Regel höchst erfolgreich waren, eine plötzliche Änderung der Verhältnisse konnte alles zum Scheitern

---

<sup>32</sup> Anklageschrift S. 43 f.

bringen. Nach einem dreiwöchigen Intermezzo von Heribert Hellenbroich wurde am 4. September 1985 Hans-Georg Wieck neuer Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Der stand dem alteingessenen Protektionismus der CSU-Seilschaft skeptisch gegenüber. Möglicherweise reichte der Einfluß von Weiß, der grauen Eminenz unter den BND-Veteranen, da nicht mehr aus, um einen Generalsposten in Pullach zu besetzen.

Zum BND gelangte er also nicht, aber Geheimdienstkarriere machte Farwick dennoch: Vom 1. April 1991 bis zum 30. September 1994 amtierte er als Leiter des ANBw (Amt für Sicherheit und Nachrichtenwesen der Bundeswehr) in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Dann rückte der Brigadegeneral zum stellvertretenden Chef des Stabes im Nato-Hauptquartier in Brunsum auf. Möglicherweise hat nur die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit infolge des Zusammenbruchs der DDR die Bundeswehr davor bewahrt, dass der Chef ihrer Funkspionage Vertrauliches vermeintlich nach Paris, in Wahrheit aber nach Leipzig übermittelte.